

Bezugspreise für das  
ehemalige Oesterreich-Ung.  
ganzjährig K 10.—  
halbjährig K 5.—

für Amerika:  
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland  
ganzjährig K 12.—

# Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)  
werden nach Tarif be-  
rechnet und von der Ver-  
waltung des Blattes  
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift  
werden nicht berücksichtigt,  
Manuskripte nicht zurück-  
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto  
Nr. 842.285.

Nr. 12.

Gottschee, am 20. November 1919.

Jahrgang I.

## Zur Markierung unserer Banknoten.

Nach Art. 1 der bezüglichen Verordnung werden sämtliche bereits ordentlich abgestempelte Banknoten zu 1000, 100, 50, 20 und 10 Kronen mit Marken versehen werden, während die 1- und 2 Kronennoten, insofern sie ordentlich abgestempelt sind, auch ferner im Verkehr bleiben und nicht markiert werden. Bei der Aufklebung der Marken auf die Banknoten werden 20% der Summe zurückgehalten und darauf eine Bestätigung ausgegeben werden. Diese Bestätigungen werden gelegentlich des Austausches der Banknoten in Dinars mit dem effektiven Gelde zugleich ausbezahlt werden. Der Termin der Markierung wird mit 14 Tagen festgestellt. Nach diesem Termin werden keine Banknoten markiert werden. Zehn Tage vor dem Beginn der Markierung wird sie in allen Orten des Staates kundgemacht werden. Drei Tage vor der Markierung wird die diesbezügliche Verordnung im Amtsblatte erscheinen. Zur Zeit der Markierung werden sämtliche Banken, Geldinstitute und Wechselstuben, welche an der Markierung nicht teilnehmen, gesperrt sein. Vom vierten Tage nach Beginn der Markierung an müssen nur noch markierte Banknoten angenommen werden. Nach dem Ablauf der 14 Tage können innerhalb weiterer 14 Tage die Unterkommissionen solchen Personen, welche erwiesenermaßen die Markierung ihrer Banknoten nicht vornehmen konnten, und zwar nur bei den Filialen der Oesterr.-ung. Bank und den Kreisfinanzbehörden, nachträglich die Banknoten markieren.

Diese Verordnung hat, wie das „Agramer Tagblatt“ mitteilt, bezüglich des Abzuges von 20%, freilich sofort ihre Folgen nach sich gezogen. Die Banken haben sofort beschlossen, bis auf weiteres keine Einlagen mehr anzunehmen, da sonst die Last der Abgabe der 20% gänzlich auf sie fallen würde. Allgemein hat die Verordnung in der Handelswelt Bestürzung hervorgerufen, da man der Ansicht ist, daß die Wegnahme von 20% des Geldes unsere Valuta keineswegs aufbessern wird. In der Verordnung ist auch nicht gesagt, ob die Staatskassen die Bestätigungen über die abgenommenen 20% als Bargeld gelegentlich der Steuerzahlung betrachten werden. Auch für die ärmere, besonders von ihrem fixen Einkommen lebende Bevölkerung bedeutet diese Abgabe, schreibt das „Agramer Tagblatt“, eine schwere Belastung, da bei geringen Summen die Abgabe von 20% einen ganz bedeutenden Geldabgang bedeutet. Auch die 14tägige Sperrung jener Banken, welche mit der Markierung nicht betraut werden, wird in den Bankkreisen mit großem Unbehagen zur Kenntnis genommen.

Meldungen aus Belgrad (11. November) besagen, daß die Markierung der Kronennoten wahrscheinlich erst nach einiger Zeit wird durchgeführt werden können, da die Vorbereitungen noch nicht vollendet sind. Nichtsdestoweniger nehmen die Banken und Geldinstitute schon jetzt keine Einlagen anders als zu 80% der eingelegten Summe an, während 20% als Deposit gebucht werden, für welche noch überdies eine Gebühr von 1/4% zu entrichten ist. Den

Schuldnern der Banken werden von ihren Einzahlungen bloß 80% gutgeschrieben, während die restlichen 20% mit der Valuta vom 1. Dezember d. J. eingetragen werden.

Am wichtigsten ist die Frage, was mit jenen 20% geschieht, die der Staat gelegentlich der Markierung abzieht. Dieser Abzug bedeutet, wie der Banus Dr. Paleček in Agram bei einer in dieser Angelegenheit abgehaltenen Konferenz sich äußerte, eine Staatsanleihe, und der Unterschied zwischen den Bestätigungen und den Kronennoten liegt darin, daß die Bestätigungen keinen Zwangskurs haben werden. Die letzte Alinea des § 9 der Statutverordnung ordnet ausdrücklich an, daß die Bestätigungsscheine, die für die zurückbehaltenen Beträge ausgefolgt werden, gelegentlich des Umtausches der Kronen in Dinars wie auch in effektiven Kronen ausbezahlt werden. Demnach sind andere Gerüchte über die Verwendung dieser 20% grundlos und sind die von einzelnen Personen (Kaufleuten etc.) zu ihren Gunsten daraus gefolgerten Beschlüsse ungerechtfertigt. Es ist wider das Gesetz, wenn sich Gläubiger die fälligen Forderungen in nicht markierten Kronen bei voller Verrechnung der eingezahlten Beträge jetzt schon anzunehmen weigern. Nach dem § 15 der Statutverordnung kann der Schuldner jetzt wie auch im Verlauf der ersten drei Tage, gerechnet vom Beginne der Kronenmarkierung, seine Zahlungen in nicht markierten Kronen leisten und der Gläubiger ist verpflichtet, solche Zahlungen anzunehmen.

Die „Agramer Zeitung“ (14. November) meldet: Anlässlich der dieser Tage erschienenen Verordnung des Finanzministers bezüglich der Markierung der Banknoten hat die hiesige (Agramer) Handels- und Gewerbekammer auf Anregung des Landesverbandes der Kaufleute unter dem Voritze des Kammerpräsidenten Bjekoslav Heinzl eine Enquete veranstaltet, in welcher Vertreter sämtlicher interessierter Wirtschaftskreise anwesend waren. Nach eingehender Beratung, in welcher die Vertreter der Banken, der Kaufleute und der Arbeiter auf die Katastrophe, die die Durchführung dieser Verordnung hervorgerufen wird und die sich schon jetzt fühlbar macht, aufmerksam machen, wurde einstimmig die Entsendung folgender Depesche an den Finanzminister beschlossen: „Die Verordnung über das Verfahren anlässlich der Markierung der Kronen verursacht durch ihre Unklarheit bezüglich der Gültigkeitsanerkennung der bereits abgestempelten Banknoten eine schwere wirtschaftliche Krise. Es droht die Gefahr, daß die Tagelöhne in Natura gefordert, der Handel den Güteraustausch und die Banken ihren Verkehr einstellen werden. Um der allgemeinen wirtschaftlichen Katastrophe vorzubeugen, ersuchen wir um die Einstellung der Notenmarkierung. Sollte die Markierung dennoch durchgeführt werden, fordern wir, daß sämtliche Noten als gültig anerkannt werden, wo es nicht nachgewiesen werden kann, daß ihr Besitzer daran schuld ist, daß er schlechtgestempelte Noten besitzt. Wir fordern, daß die Verordnung den Interessen unserer Volkswirtschaft gemäß und im Einvernehmen mit allen Wirtschaftsorganisationen ergänzt werde. Sollte die Entscheidung nicht sofort erfolgen, lehnen wir jede Verantwortlichkeit für



die Folgen ab, welche sämtliche interessierten Kreise unbedingt auf dem Wege der Selbstverteidigung treffen werden." Eine Abschrift dieser Depesche wurde gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Ministerrates zugestellt mit der Bitte, diese Angelegenheit unverzüglich dem Ministerrate vorzulegen.

Auch der Belgrader „Trgovinski Glasnik“ befaßte sich an leitender Stelle mit der bekannten Verordnung des Finanzministers, unterwarf sie einer sachlichen Kritik und schloß mit der Forderung, daß die Kronennoten mit den derzeit verfügbaren Nationalbanknoten eingetauscht und für den Rest Staatsbonds herausgegeben werden sollen. Die definitive Feststellung der Relation zwischen der Krone und dem Nationalgelde möge endgültig die Volksvertretung beschließen.

Aus Belgrad wurde unter dem 13. d. M. gemeldet: Erst heute beginnt der Abtransport der für die neue Abstempelung der Kronen bestimmten Marken und Bestätigungsscheine in das Innere Serbiens. Demnach wird die Abstempelung in Serbien vor Ablauf von zehn Tagen nicht beginnen.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß gewissenlose Geschäftsleute die Markierung der jugoslawischen Kronennoten dazu ausnützen wollten, daß sie Warenpreise um 20 oder mehr Prozente steigerten, hat die Landesregierung eine Verordnung herausgegeben, nach welcher jedoch, wer es versuchen würde, infolge der Markierung der Kronen die Preise zu erhöhen und zu steigern, mit Arrest bestraft würde, der nicht in eine Geldstrafe umgeändert werden darf.

Laut Verordnung des Finanzministers Belković beginnt die Markierung der Banknoten in den nächsten Tagen (gegen Ende November). Vier Tage nach Beginn der Markierung haben die Kaufleute das Recht, Zahlungen nur in markierten Banknoten zu verlangen. Nach Verlauf der festgesetzten 14 Tage wird nur mehr solchen Parteien markiert werden, welche nachweisen, daß sie krank oder auf irgend einer andere Weise verhindert waren, die Banknoten rechtzeitig zur Markierung zu bringen.

## Aus Stadt und Land.

**Gottschee.** (Neue Landesregierung.) Se. Hoheit Regent Alexander hat am 7. November den bisherigen Vizepräsidenten der Landesregierung für Slowenien Herrn Dr. G. Zerjav zum Präsidenten der Landesregierung ernannt. Gleichzeitig wurden sämtliche funktionierenden Staatskommissäre ihres Amtes enthoben. Der neue Präsident übernahm sofort die Leitung der Landesregierung und trat mit den politischen Parteien wegen der Ernennung neuer Staatskommissäre in Verhandlung.

— (Trauung im fürstlichen Hause Auersperg.) Am 22. November l. J. findet in der Schloßkapelle zu Goldegg die Trauung Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Eleonore von Auersperg, Tochter Sr. Durchlaucht des Herrn Fürsten Karl von Auersperg und Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin Eleonore von Auersperg geb. Gräfin Brenner, mit dem k. u. k. Korvettenkapitän Herr Erwin Wallner statt. Unseren ergebensten Glückwunsch.

— (Trauung.) Am 2. November wurde hier Herr Ferdinand Gian, Schuhmachermeister in Gottschee, mit Fräulein Amalia Krafer, Tochter des Sicherheitswachmannes und Hausbesitzers Herrn Josef Krafer, getraut. Trauungszeugen waren Herr Gerichtsoffizial i. R. Viktor Medved und Herr Friseur Josef Brenner.

— Herzlichen Glückwunsch!

— (Uebersiedlung.) Herr Richter Gottfried Jaklitsch hat schon vor mehreren Monaten von uns Abschied genommen, um zunächst in Kärnten und sodann in Steiermark sich in seinem Berufe zu betätigen. Am 14. November ist nun auch seine Familie nach Mottenmann übersiedelt. Wir wünschen der geehrten Familie alles Gute im neuen Vaterlande.

— (Kohlenwerk.) Wie wir erfahren, wird die elektrische Anlage beim hiesigen Kohlenwerke im kommenden Jahre vergrößert werden.

— (Erhöhung der Eisenbahntarife.) Seit 15. November sind auf den Staatsbahnen die Personen- und Frachttarife erhöht worden. Bei der Südbahn erhöht sich die Fahrgebühr in der dritten Klasse um 24 Heller, in der zweiten um 48 und in der ersten Klasse um 78 Heller für jeden Kilometer.

— (Kälte.) Am 18. November hatten wir eine Kälte von  $-8^{\circ}$  Reaumur. Seit dem Jahre 1902 hatte es hier im November keine solche Kälte mehr gegeben.

— (Die Amtsstunden beim hiesigen Postamte) sind nunmehr an Werktagen auf die Zeit von 8 Uhr früh bis 14 Uhr (2 Uhr nachmittags) festgesetzt, an Sonn- und Feiertagen wie bisher von 9 bis 11 Uhr.

— (Advokatureröffnung.) Unser Landsmann Herr Dr. Hans König, bisher Rechtsanwaltsanwärter in Pettau, hat seine eigene Rechtsanwaltskanzlei in Mureck eröffnet.

— (Gegen Preistreiber und Wucher.) Es besteht die Gefahr, daß die neue Verordnung über die Markierung der Banknoten zu neuerlichen Preistreibereien ausgenützt wird. Bei der in Agram diesbezüglich abgehaltenen Konferenz bemerkte Vizebanus Dr. Tomljenović, daß in Laibach die Polizeibehörde die Kaufleute darauf aufmerksam gemacht hat, diesen Moment nicht zu Preistreibereien und Wucher auszunützen, da in jedem solchen Falle der betreffende Kaufmann kurzerhand eingesperrt wird.

— (Doppelsprachig.) Nach einer behördlichen Anordnung haben die Gemeindecämter im Gerichtsbezirke Gottschee die Gemeindefiegel, die bisher deutsch waren, in solche mit bloß slowenischer oder mit slowenischer und deutscher Aufschrift umwandeln zu lassen.

— (Spiritus.) Das Gewerbeförderungsamt hat der hiesigen Genossenschaft eine größere Menge Spiritus für gewerbliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Handwerksmeister, die im Wirkungskreise der Genossenschaft wohnen und für ihren gewerblichen Betrieb Spiritus benötigen, mögen sich bei der Genossenschaftsvorsteherung ehestens melden. Schuhmacher können hier auch schwarzen Zwirn erhalten.

— (Neue Gemeindevahlordnung?) Dem Vernehmen nach wird für Kroatien in einigen Tagen eine neue Gemeindevahlordnung im Wege eines Dekrets geschaffen werden. Auch für Slowenien?

— (Aufschriften auf den Schulgebäuden.) Über behördlichen Auftrag sind nunmehr an sämtlichen Volksschulen des Bezirkes die Aufschriften in slowenischer Sprache angebracht worden.

— (Keine Einberufungen zu den zweimonatlichen Waffenübungen.) Das Kriegsministerium erließ eine Verordnung, wonach die Reservisten nicht mehr zu den zweimonatlichen Waffenübungen einberufen werden. Außerdem wurde eine Verordnung erlassen, nach der alle Vorbereitungen zur Demobilisierung des ersten Aufgebotes der Nationalarmee getroffen werden sollen. Jene Wehrpflichtigen des zweiten Aufgebotes, die derzeit von ihren Kommanden abwesend sind, brauchen nach einer Belgrader PS-Meldung zu denselben nicht mehr zurückzukehren. Die Art, wie die Demobilisierung des zweiten Aufgebotes durchgeführt werden wird, wird erst nachträglich bekanntgegeben werden.

— (Keine Mobilisierung, sondern Demobilisierung.) Der Kriegsminister erklärte einem Berichterstatter gegenüber, die Nachrichten über eine Mobilisation Jugoslawiens seien unwahr. Jugoslawien werde alles unternehmen, um nicht mit Italien in einen Konflikt zu geraten. Jugoslawien mobilisiere nicht, im Gegenteil es demobilisiere. Ebenso seien die Nachrichten von einem Ultimatum ganz aus der Luft gegriffen.

— (Die Demobilisierung.) Zufolge Verordnung des Kriegsministeriums hat die Entlassung der Soldaten der Jahrgänge 1881—1883 begonnen. Die Entlassungen erfolgen stufenweise und werden am 1. Dezember beendet sein.

— (Der Streik) der Kohlenarbeiter in Trisail wurde am 6. November beigelegt, die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

— (Der St. Germainer Friede) wird, wie verlautet, wahrscheinlich erst im Februar ratifiziert werden.



— (Handelsverkehr.) In der Sitzung des Ministerrates am 5. November wurde unter anderem beschlossen, daß die Legitimationen für den Handelsverkehr im Inlande aufgehoben und mehrere Waren zollfrei ins Ausland ausgeführt werden dürfen, während für einige Waren hohe Ausfuhrzölle bezahlt werden müssen.

— (Keine Ausfuhrbewilligungen.) Behördlicherseits wurde kürzlich die Ausfuhr von Lebensmitteln für Personen, die ins Ausland reisen, bis auf weiteres gänzlich verboten.

— (Der Minoritätenschutzvertrag.) Das „Agrar Tagblatt“ (7. November) schreibt: „Wichtiger für uns ist aber das Verhalten Rumäniens zu Ungarn und zu dem berühmten Minoritätenschutzverträge. Drei Länder haben diesen Vertrag noch nicht unterschrieben, und der Zufall will es, daß alle drei Balkanstaaten sind. Von allen Ländern, denen dieser ominöse Vertrag aufgezwungen wurde oder werden soll, hat Jugoslawien am meisten Grund, ihn abzulehnen, denn auf Betreiben Italiens sollen diesem Staate die schimpflichsten Bedingungen auferlegt werden. Es handelt sich bei unserem Minoritätenschutzvertrag nicht nur um einen Eingriff in die Souveränität des Staates, sondern auch um eine ständige Bedrohung unseres Landes durch fremde Einmischung. Denn alle Klauseln unseres Vertrages sind so gefaßt, daß eine Großmacht, z. B. Italien, immer einen Vorwand finden kann, um eine militärische Intervention beim Völkerbunde gegen unseren Staat zu beantragen. Die Klauseln im rumänischen und griechischen Verträge sind weit milder. Trotzdem sträuben sich auch diese beiden Länder, einen Vertrag zu unterschreiben, der zumindest entwürdigend (?) ist. Gelingt es Rumänien, sich erfolgreich gegen die Aufdrängung dieses Vertrages zu wehren, so haben wir einen Grund mehr, ihn nicht zu unterschreiben. Die Entente droht zwar, uns der Wohltaten des Friedens mit Bulgarien nicht teilhaft werden zu lassen. Es bleibt nur die Frage, welches Übel das geringere ist: Einen Vertrag zu unterschreiben, der einem das Recht raubt, Herr im eigenen Hause zu sein, oder mit einem Nachbar einen Privatausgleich zu schließen, mit dem man bisher in Unfrieden lebte. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß Jugoslawien, Rumänien und Griechenland bei gemeinsamem Auftreten in dieser Frage dem Minoritätenschutzvertrag so viel von seiner Schärfe nehmen könnten, daß er mit der Würde des Staates vereinbar wird.“

— (Zur Valutafrage.) Amtlich wird bekanntgegeben: Mit Rücksicht auf das fortwährende Schwanken und systematische Sinken der Kronenwährung auf dem inländischen Geldmarkte erließ der Finanzminister folgende Verordnung: 1. Daß innerhalb des Territoriums, in welchem der Dinar das gesetzliche Zahlungsmittel ist, bei den Staatskassen Kronen an Stelle des Dinars nicht angenommen werden können. 2. Daß im übrigen Territorium des Königreiches der SHS auf Dinare lautende Zahlungen in Kronen nach dem Kurse, den der Minister periodisch bestimmen wird, geleistet werden können. 3. In solchen Fällen, in welchen der Staat Zahlungen in Kronen anstatt in Dinars annehmen wird, wird der im zweiten Punkte dieser Verordnung erwähnte Kurs als Basis dienen. — Diese Maßnahme wird den Kurs der Krone neuerlich hinabdrücken.

— (Die Frage der Volksernährung vor dem Ministerrate.) Wie „Riječ“ aus Belgrad meldet, hat der Ministerrat in seiner Sitzung am 10. November über wichtige Fragen des Verkehrs und der Volksernährung verhandelt. Die Regierung wird eine großzügige Aktion zur Versorgung der armen Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln einleiten. Gegen gewissenlose Lebensmittelspekulanten sollen strenge Maßnahmen ergriffen werden. Besonders wird die Warenanhäufung verhindert und eine strenge Kontrolle eingeführt werden.

— (Gegen den Kettenhandel.) Die Landesregierung in Laibach hat die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Ernährungsministeriums vom 7. März 1919 nun auch auf das Delikt des Kettenhandels ausgedehnt, und zwar bezüglich aller Lebensmittel und wirtschaftlicher Bedarfsgegenstände. Bisher wurden

nach dieser Verordnung nur die Preistreiber und solche, die in spekulativer Absicht Waren aufkauften bestraft, von nun an auch die Kettenhändler, und zwar zu Arrest von sechs Monaten und zu einer empfindlichen Geldstrafe.

— (1 Dinar = K 350.) Der Finanzminister hat angeordnet, daß der Dinar 3 Kronen 50 Heller zu gelten hat.

— (Gegen die Ledervertierung.) Die Lederpreise sind im Laufe des letzten Jahres so unglaublich hoch emporgeschwungen, daß die Beschaffung der Beschuhung für die Bevölkerung jeden Tag schwieriger wurde. Sohlenleder, das vor einem Jahre etwas über 20 Kronen gekostet hatte, hatte in den letzten Tagen schon den Preis von 130 (!) Kronen das Kilogramm. Das Gleiche war beim Oberleder der Fall. Die Ursache dieser enormen, an und für sich nicht erklärlichen Preissteigerung waren im Kettenhandel, Schleichhandel und Winkelhandel zu suchen. Um diesen unerträglichen Verhältnissen ein Ende zu bereiten, hat die Landesregierung die Ausschreibung aller Niederlagen von rohen Häuten und aller Arten von Leder angeordnet. Gleichzeitig wurden die Niederlagen unter Sperre gelegt. Eine größere Anzahl von Kettenhändlern wurde verhaftet.

— („Schimpf- und Spottnamen im Gottscheer Volksmunde.“) Unser Gottscheer Gebiet weist bekanntlich so manches auf, was für die Volkskunde bemerkenswert ist. Glücklicherweise haben wir auch einen verständigen Kenner und treuen Sammler unseres Volkskundeschates, der, sei es in selbständigen Schriften, sei es in fachmännischen Aufsätzen schon so manchen wertvollen Beitrag zur Volkskunde von Gottschee geliefert hat. Es ist dies Herr Oberlehrer Wilhelm Tschinkel. Einen neueren solchen Beitrag finden wir zu unserer Freude wiederum im achten Heft des 25. Jahrganges (1919) der „Wiener Zeitschrift für Volkskunde“. Der neueste Aufsatz, des Herrn Tschinkel behandelt die „Schimpf- und Spottnamen im Gottscheer Volksmunde.“ Der Gottscheer ist zwar von Natur aus mehr maßvoll, aber auch er versteht es, wenn's gerade sein soll, seinem Unmute oder Spotte recht kräftigen, mitunter beißenden Ausdruck zu geben. Da gibt es keine zimperliche Schonung, wenn die schlechten Eigenschaften eines Menschen zur Zielscheibe des Spottes genommen werden. Merkwürdigerweise werden bei uns mitunter sogar Schimpfwörter gebraucht, deren Sinnes man sich eigentlich nicht mehr bewußt ist, besonders wenn sie aus einer fremden Sprache (selbst aus dem Friaulischen) stammen. Wie überall, muß auch in Gottschee im Schimpf- und Spottwortschatz das Tierreich herhalten. Vor Dingen, die heiligen Charakter tragen oder die Hölle und ihre bösen Geister betreffen, (Tjovl=Teufel, Schratl, Helleprant, Hexine usw.) hat der Gottscheer im allgemeinen eine ziemliche Scheu. Die Zahl der diesbezüglichen Krastausdrücke ist daher auch nicht sehr groß. Harmlos sind die Schimpfwörter, denen leblose Gegenstände zugrunde liegen (Löffel, Klackl, Heugeige u. dergl.) Unter diesen dürften Schnodervass (Kopfsack) und Kragge (Kerngehäuse beim Obst) wahrscheinlich mittel- oder niederdeutscher Herkunft sein. Auf körperliche Gebrechen oder Krankheiten beziehen sich: Krumpiz, Berdaz (Hinkender) u. dergl. Groß ist die Zahl der Namen, die verächtliche, anstößige oder sonstwie tadelnswerte körperliche oder geistige Eigenschaften und Handlungen bezeichnen und dem Betroffenen als Schimpfwörter ins Gesicht geschleudert werden: Grintatai (mit Ausschlag Behaftete), Kraggigar (einer, der Augenschleim in den Augenwinkeln hat), Ritscho (Mädchen mit ungekämmten Haaren), Bombiz (Dickwanst), Goadrer (Schwäger) usw. Auch gewisse Tauf-, Familien-, Volks-, Orts- und Berufsamen haben eine abfällige oder verächtliche Bedeutung angenommen, wie dies ja auch anderwärts der Fall ist (Urtschl, Gero, Gore, Kober usw.)

— (Eine deutsche Schule in Pančevo.) Wie aus Belgrad gemeldet wird, wurde in Pančevo (Banat) durch Privatinitiative eine deutsche Bürgerschule eröffnet.

— (Der Papst erkennt SHS an.) Der Papst hat das Königreich SHS anerkannt. In politischen Kreisen erwartet man, daß diese Anerkennung die Stellung Jugoslawiens gegen Italien stärken wird.



— (Die Finanzlage Jugoslawiens.) Unter diesem Titel veröffentlicht der Korrespondent des „Journal des Debats“, Albert Mouffet, einen Artikel, dessen Ausführungen in folgenden Punkten gipfeln: Um aus der augenblicklichen so trüben Finanzlage herauszukommen, sind viererlei Mittel notwendig. Nämlich 1. eine dauerhafte Regierung, die über das nötige moralische und politische Ansehen verfügt, um alle Maßregeln zu ergreifen, die infolge der langwierigen Krise notwendig geworden sind; 2. die Demobilisierung sobald als möglich durchzuführen, damit dem Wirtschaftsleben die noch fehlenden Arbeitskräfte wieder zurückgegeben werden; 3. die Verbesserung der Verkehrsmittel und 4. die Rückkehr zur Ausfuhrfreiheit. Ein Teil dieser Forderungen, deren Notwendigkeit hierzulande jedermann einseht, ist inzwischen bereits erfüllt worden. Wir haben jetzt eine starke Regierung und hoffen, daß sie auch dauerhaft sein wird. Die Ausfuhrbeschränkungen sind inzwischen auch gefallen, soweit dies mit Rücksicht auf die Versorgung des eigenen Landes möglich war. Die Abrüstung der Armee ist bereits angekündigt. Es bleibt also nur die Verkehrsfrage noch zu lösen übrig. Zu ihrer glücklichen Lösung gehört aber leider noch etwas anderes als eine starke, dauerhafte Regierung allein. Es gehören dazu die nötige Zahl der Lokomotiven, Waggons und — volles Pflichtbewußtsein aller arbeitenden Kreise.

— (Die Eisenbahndirektion) in Laibach wird aufgelassen und mit der Agramer Eisenbahndirektion verschmolzen. In Laibach bleibt nur ein Inspektorat. Alle Laibacher Beamten der Eisenbahndirektion werden nach Agram versetzt. Zum Chef der Eisenbahndirektion in Agram wurde Ingenieur Leonidas Franic, ein Dalmatiner, ernannt, der einer der tüchtigsten und fähigsten Ingenieure sein soll.

— (Das Ende des Bankbeamtenstreiks.) Der nunmehr beigelegte Bankbeamtenstreik in Kroatien endete mit einer völligen Niederlage der Streitenden.

— (Das zugrundegerichtete Europa.) Warburg (New-York), der während des Krieges lange Zeit die Seele des Reservevorrates der Verbündeten war, erklärte, die Welt stehe am Rande eines Abgrundes und sei dem Untergange nahe. Amerika sei geradezu berufen, den durch den Krieg am härtesten mitgenommenen Ländern seine finanzielle Hilfe zu gewähren.

— (Energisches Einschreiten gegen Preistreiber in Deutschland.) Der Reichstag hat eine Vorlage über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei, die sogenannten Wuchergerichte, angenommen. Das langsame und unwirksame Gerichtsverfahren gegen diese Schädlinge des Staates wird durch das neue Gericht wesentlich abgekürzt. (Wäre nachahmenswert.)

— (Was der Oberste Rat noch alles regeln muß.) Die Konferenz in Paris hat noch folgende Aufgaben vor sich: Das Schicksal der Türkei; die russische Frage; der Friede mit Ungarn; die Regelung der adriatischen Frage; die Unterzeichnung des St. Germainer Friedens durch Jugoslawien und Rumänien; die Ostgrenzen Polens; das Schicksal Galiziens; die Minoritätenschutzverträge mit Griechenland, Jugoslawien und Rumänien.

— (Eine Note der jugoslawischen Friedensdelegation.) Die Friedensdelegation unseres Königreiches hat vor ein paar Tagen eine Note bezüglich der Fragen, die bisher die Delegation hinderten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, überreicht. Diese Fragen beziehen sich hauptsächlich auf die Konvention betreffs des Schutzes der Volksminderheiten, welche im Artikel 51 des Vertrages enthalten ist. Unsere Regierung erklärt, nie dem Prinzipie des Minderheitenschutzes entgegengesetzt gewesen zu sein. Sie stelle sich jedoch auf den Standpunkt, welchen die Friedenskonferenz in ihrer Note an Rumänien einnahm. Im Prinzipie nehme die Regierung die Grundideen an, jedoch unter der Bedingung, daß die in den Bestimmungen einzutragenden Modifikationen geprüft werden.

— (Beschlüsse des Ministerrates.) In der am 12. November abgehaltenen Ministerratsitzung in Belgrad wurde beschlossen, die Ausfuhr fremder Valuten aus unserem Königreich zu verbieten. Nach diesem Verbot soll niemand mehr als 1000 fran-

zösische oder Schweizer Francs oder Dollar oder 100 Pfund Sterling ausführen dürfen. Gold- und Silberausfuhr wird überhaupt verboten. Dieses Verbot soll sofort in Kraft treten. Ferner sprach man im Ministerrate über die Teuerung. Minister Bukseg erhielt von der Regierung einen Kredit von 50 Millionen Dinar, um mit diesem Kapital die notwendigsten Bedarfsartikel für die Bevölkerung anzuschaffen, um auf diese Art die Teuerung zu bekämpfen. Laut des Vorschlages des Ministers, der genehmigt wurde, werden um diese Summe Reservevorräte an Mehl, Zucker, Salz und anderen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln gekauft werden, die dann an die Bevölkerung ohne jeden Gewinn verkauft werden. Auf diese Weise sollen die Marktpreise bedeutend beeinflusst werden.

— (Ermäßigte Mehlpreise für die mittellose Bevölkerung.) Infolge eines Ministerratsbeschlusses wird an die unbemittelte Bevölkerung weißes Mehl um 3 Kronen das Kilogramm und Brotmehl um K 1.50 das Kilogramm abgegeben werden. Die Differenz zwischen dem Einkaufs- und Verkaufspreise zahlt der Staat. Weiters wurde beschlossen, 50 Millionen Dinar für den Ankauf von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln zu verwenden. Auch besondere Verordnungen gegen den Kettenhandel, gegen die Preistreiberei und den Zusammenkauf von Waren in spekulativer Absicht wurden beschlossen.

— (Jugoslawien und der St. Germainer Vertrag.) Unter diesem Titel veröffentlicht „Temps“ einen Zeitartikel, in welchem das Blatt zunächst feststellt, daß der St. Germainer Friedensvertrag, der den Zerfall Österreich-Ungarns besiegelt, von den Ländern, die daran das meiste Interesse haben, nämlich von Jugoslawien und Rumänien, bis heute noch nicht unterschrieben wurde. Damit die jugoslawische Delegation das Friedensinstrument leichter unterschreiben könne, ist es nötig, den Südslawen einige Genugtuungen zu gewähren. Die Südslawen haben weniger aus Unzufriedenheit mit dem Inhalte des St. Germainer Vertrages, als mit dem Inhalte der Annexe die Unterschrift verweigert. In diesen Annexen ist der Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten verfassungsmäßig, wie ihn auch die anderen Kleinstaaten annehmen mußten. Aber für Jugoslawien, und seltsamerweise nur für Jugoslawien allein, ist hier eine Verschärfung der Bedingungen vorgesehen. Es heißt nämlich, daß der Rat des Völkerbundes berechtigt sei, im Falle SHS seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, „den Umständen gemäß seine Maßregeln zu treffen“. Darunter könne unter Umständen auch eine militärische Expedition verstanden werden. Für Tschechoslowakien, Polen, Rumänien, Griechenland lautet diese Klausel weit milder. Statt von „Maßregeln“ ist hier nur von „einer Art des Vorgehens“ die Rede. „Temps“ hebt hervor, daß der Friedensvertrag den Staaten, die dem Völkerbunde angehören, keine Verlegenheiten bereiten dürfe, denn nur nach innen konsolidierte Staaten vermögen die Aufrechterhaltung der Ruhe zu verbürgen. Es genüge nicht, den Individuen Freiheiten zu garantieren und den Regierungen Pflichten aufzuerlegen, um neue Staaten zu bilden oder sie zu organisieren. Man müsse auch den Regierungen etwas Freiheit gönnen und den Individuen Pflichten auferlegen. Das Leben der Völker bestehe nicht bloß aus Rechten, sondern auch aus Pflichten. Darum müsse den Annexen des St. Germainer Vertrages ein weiterer Annex beigelegt werden, worin die Individuen, die den Minderheitenschutz genießen, verhalten werden, dieselben Pflichten zu übernehmen wie die Mehrheitsbürger des Landes.

— (Lieferung von Lebensmitteln an Frankreich.) Der Ministerrat hat beschlossen, daß die Regierung von der diesjährigen Ernte Frankreich 4000 Waggons Lebensmittel überlassen wird.

**Witterdorf.** (Trauungen.) Am 13. Oktober wurde Josef Poje aus Kerndorf 45 mit Theresia Hönigmann aus Malgern; am 4. November Richard Hönig aus Kerndorf 19 mit Christine Raucky aus Kerndorf getraut.

— (Eine schwache Mittelernte.) Weizen und Roggen waren kleinkörnig, der Hafer stand besser; die Kartoffeln gaben bedeutend geringere Ernte als voriges Jahr und waren zudem von



Wärmern und Feldmäusen angefressen. Beim Mais hat das leidige Regenwetter das gewünschte völlige Ausreifen verhindert und Kraut und Rüben sind gleichfalls kümmerlich geraten. Alles in allem eine schwache Mittelernte, die nur deswegen weniger Besorgnis erregt, weil der Abgang aus gesegneten Gegenden heuer leichter zu decken sein wird.

**Kukendorf.** (Trauung.) Am 2. November wurde Herr Fin.-Oberaufseher Eduard Eppich aus Sarajewo mit Fräulein Rosine Högler, Tochter des Grundbesizers G. Högler in Kukendorf, in der hiesigen Filialkirche getraut.

**Ebental.** (Schule.) Auch hier hat man eine slowenische Klasse errichtet. Wozu? weiß niemand. Sind doch nur einige wenige Kinder von nationalgemischten Ehen vorhanden, die von dem Slowenischen soviel verstehen wie von dem Chinesischen. Zu Hause wird nur der gottscheerische Dialekt gesprochen. Und darunter leidet nun der Unterricht. Früher kamen die älteren Jahrgänge der Schüler vormittags, die jüngeren nachmittags zur Schule; nun sind aber alle, ob jung oder alt, drei Stunden am Vormittag „eingekleilt in fürchterlicher Enge“, dafür können sich die jungen Hochschüler nachmittags gemächlich „strecken nach der Decke“, da ja nur wenige die slowenische Schule besuchen, bezw. besuchen müssen.

— (Etwas vom Ehejoch.) Haß, wütender Haß herrscht zwischen den Völkern, den Nationen. Und — merkwürdig — die Liebe kommt doch nie zu kurz; nämlich zwischen Männlein und Weiblein. Während seit einer langen Reihe von Jahren alljährlich hierorts nur eine oder höchstens anderthalbe — nämlich aufgeboten und nach dem Aufgebot auseinandergelaufen, bevor das Ehejoch befestigt war — Trauung stattfand, sind heuer im Jahre des Heiles 1919 bereits 11 Paare im Hafen der Ehe gelandet. Es sind das: Josef Eppich, Handelsgehilfe, und Maria Gliebe, Kukendorf 6; Rudolf Eppich, Ebental 11, und Josefa Högler, Ebental 12; Josef Eppich, Tiefental 7, und Theresia Eppich, Tiefental 1; Josef Mauffer, Kukendorf 10, und Franziska Högler, Kukendorf 16; Richard Lobe, Ebental 13, und Magdalena Eppich, Ebental 18; Peter Schauer, Oberwarmberg 13, und Pauline Kösel, Ebental 21; Josef Petsche, Setsch 11, und Maria Herbst, Setsch 14; Andreas Herbst, Setsch 14, und Maria Eppich, Ebental 23; Alois Högler, Setsch 12, und Theresia Sigmund, Ebental 7; Eduard Eppich, Finanzwachoberaufseher, und Rosa Högler, Kukendorf 1; Richard Lobe, Kunstschüler, und Gusti Bernik, Schulleiterin. Ferner wurde J. Högler, Kukendorf 16, mit Maria Mäzele, Neulag 22, in Utlag und Matthias Mauffer, Setsch 16, mit Gertrud Vidmar, Pleisch 4, in Hinach getraut. Allen gebe Gott das ersehnte Glück und reichlichen Segen.

— (Witterung.) Die Erde dreht sich, das sieht man. Alles ist auf den Kopf gestellt, alles scheint verrückt, und wer es noch nicht ist, den werden die traurig-närrischen Zeitverhältnisse gewiß noch dazu machen. Ebenso verrückt ist das Wetter: Frühling und Sommer kalt und naß, nach einigen schönen Tagen der Herbst wieder naß. Die notwendigen Arbeiten können nicht verrichtet werden. Nun ja, einmal muß es doch anders werden.

— (Hohe Politik.) Hier kreisen sozialdemokratische Flugzettel in zwei Nationalfarben, das heißt Sprachen, slowenisch und deutsch, umher. Das Programm scheint, oberflächlich betrachtet, für alle werktätigen Stände berechnet zu sein und will alle, alle an den roten Busen drücken — außer die Faulenzer; und was damit gemeint ist, wissen wir. Am besten gefällt einem immer wieder die stets neu aufgekochte, im schmutzigen, zerbrochenen Topfe aufgewärmte Phrase: „Religion ist Privatsache.“ Das heißt auf gut deutsch: Religion brauchen wir nicht, und wer im roten Staate Religion haben will, kriegt es auf die Schnauze. „Denn du bist mein Bruder, willst du aber mir nicht in allem gleichen, so schlage ich dir den Schädel ein.“ Na, na, die Sache werden wir uns doch erst überlegen, denn dazu haben wir unseren pament und Verstand.

— (Noch höhere Politik.) Hoch empor, gleich einem Palaste, ragt friedlich der Pfarrhof. Was blickst du solange hinauf? Still ruht unten der Friedhof; aber merkwürdig, alles steht dort schief, die Grabsteine und -kreuze scheinen berauscht zu wackeln, sogar

das Friedhofskreuz will sich zur Ruhe legen und wird bald — liegen. Ja, alles ist voll Ruhe. Nur der Wanderer spricht: „Hier möchte ich nicht begraben werden, denn sonst kann ich nach dem Tode von fallstüchtigen Steinen erschlagen werden.“ Baldigste Besserung wäre zu wünschen.

**Stokendorf.** (Rückgekehrte Amerikaner.) Im Laufe der vergangenen Monate sind fünf unserer engeren Landsleute aus Amerika in die alte Heimat zurückgekehrt. Sie erzählen, daß sie wegen ihres deutschen Volkstums zur Kriegszeit keine angenehmen Tage drüben verlebt hatten.

**Wertschitz.** (Das friedliche Zusammenleben unserer slowenischen Nachbarn im Rußbachertale mit der Wertschitzer Umgebung.) Am 1. und 9. September wurde bei Herrn Gastwirt Johann Buscher ein Feuerwehrball abgehalten für die Auszahlung der Feuerwehrspritze, welche im Jahre 1912 gekauft wurde samt dem dazu gehörigen Geräte. Die Zahlung wurde während des Krieges eingestellt und daher gedachten gewisse Leute schon nach längerem Gelüste, dieselbe um einen billigen Preis zu bekommen. Nach kurzer Beratung wurde das nötige Geld im Überfluß zusammengebracht, indem die Besitzer beider Nationen hiesfür Wein sammelten. Aus dem hiebei erübrigten Betrage wird die Feuerwehrmusik in Bestand gebracht. Die veranstalteten Bälle sind beidemal prächtig verlaufen und waren von beiden Nationalitäten zahlreich besucht. Wir wünschen, daß die Tanzunterhaltung auch das drittemal so befriedigend ohne Zwistigkeiten vor sich gehen möge wie die ersten beiden Bälle. Wenn unsere Gottscheer überall so friedliche Nachbarn an der Grenze haben wie wir, können sie zufrieden sein.

**Schalkendorf.** (Winzerfest.) Samstag den 8. November veranstaltete im Gasthause des Herrn Anton Kresse der Verein der Unterbeamten des Kohlenwerkes ein Winzerfest. Trotz des schlechten Wetters war das Fest gut besucht, außer den Herren Beamten des Werkes waren meistens Herrschaften aus der Stadt. Für verschiedene Lustbarkeiten war gesorgt. Wieder sah man den Beweis, daß sich Leute beider Nationen sehr gemütlich zusammen unterhalten können. Küche und Keller des Herrn Kresse boten Tadelloses.

**Kösel.** (Raubmordversuch.) Zwei alte Leute, Georg und Elisabeth Hutter, in Diterbach hatten das Glück, von ihrer Tochter aus Amerika 4000 K erhalten zu haben. Aus Freude darüber erzählten sie es allen Verwandten und Bekannten und in Kürze wußte es die ganze Gemeinde. Am 6. November wollten sie das Geld nach Gottschee in die Sparkasse tragen. Auch das war bekannt. Nachts zuvor gegen 11 Uhr wollte aber ein Bösewicht den guten Leuten das Glück verderben. Er entfernte ein Gitter aus der Mauer des Vorhanges, schlüpfte da hinein, drückte die nur mit einem Holzstücke zugelehnte Stubentür mit einem mächtigen Rucke ein, sprang zum Bette und auf das Bett, in dem die alten Leute für gewöhnlich schliefen. Als diese das Gepolter bei der Stubentür vernahmen, meinten sie, die Raze wäre vom Ofen gesprungen und habe die Stütze der Tür umgeworfen. Aber schon fühlten sie, wie ein Mann mit gespreizten Füßen auf ihnen kniete und mit je einer Hand sie beim Halse zu würgen anfing. Das Weib lag gegen die Wand, fiel beim Würgen glücklicherweise an der Wand hinunter und wurde vom Raubmörder wahrscheinlich schon für tot gehalten und nicht weiter mehr beachtet. Dafür erging es dem Manne schlechter, welchen der Einbrecher mit einem Messer erstechen wollte, aber nur in die vorgehaltene Hand stechen konnte. Inzwischen war das Weib unter dem Bette herausgetrocken und aus der Stube ins Freie geflohen, wo es aus allen Kräften die Dorfsinsassen zu Hilfe rief. Dadurch wurde der Raubmörder in seinem Verbrechen gestört und flüchtete, ohne das Geld und das Sparkassabuch der alten Leute gefunden zu haben. Die Nachbarn eilten schnell herbei und in die Stube. Der Verbrecher war schon fort, der alte Mann war aber stark verwundet und halb erwürgt. Langsam nur erholten sich die alten Leute und waren froh, ihr Leben und ihr Geld gerettet zu haben. Drei Heimische, die als verdächtig eingeliefert waren, wurden vom Bezirksgerichte als schuldlos wieder entlassen. Der



wahre Missetäter ist noch nicht gefunden. — Für solche, welche Geld aus Amerika oder anderswoher erhalten, möge dieser Raubmordversuch eine heilsame Lehre sein, ihr Glück nicht unnötigerweise auszuposaunen und Verbrecher anzulocken.

— (Bewilligung einer zweiten deutschen Klasse.) Im Mai l. J. wurden an der Schule in Obermösel durch die Errichtung einer slowenischen Klasse die zwei deutschen Klassen auf eine vermindert. Infolge der großen Zahl der deutschen Schulkinder und im Interesse eines befriedigenden Unterrichtserfolges richtete der Ortsschulrat an den Bezirksschulrat die Bitte um Erwirkung einer zweiten deutschen Klasse. Der Oberschulrat hat nun die Bewilligung hiezu erteilt und es wird die zweite deutsche Klasse noch heuer eröffnet.

— (Übertragung der Gemeindefanzlei nach Reintal.) Am 14. November wurde die Gemeindefanzlei von Obermösel nach Reintal in das Haus des Gemeindefekretärs und Besitzers Herrn Friedrich Melikovič übertragen, wo die Amtstage Montags und Donnerstags abgehalten werden. Nach Rücktritt des Herrn Postmeisters August Aber, der noch als Beisitzer verbleibt, wurde Herr Franz Barbjan aus Unterkrill zum Gerenten der Gemeinde Mösel ernannt.

**Masern.** (Bolschewiken an der Arbeit.) Freche Diebstähle mehren sich bei uns in grauenerregender Weise. Vor kurzem wurden dem Keuschler Fritz Nr. 37 aus dessen Wohnung

160 K gestohlen. Dem Besitzer Johann Michitsch Nr. 1 wurden aus dessen gut abgesperrter Werkzeugkammer ein Zepin und eine Leimpfanne entwendet. Der Besitzerin Maria Michitsch Nr. 18 wurden in der Nacht auf den 6. November 8 bis 9 Merling Mais, den sie an ihrem Wohnhause zum Trocknen aufgehängt hatte, gestohlen. Am 6. November abends drangen die verwegenen Räuber — es handelt sich mutmaßlich immer um dieselben — in die Wohnung des Besitzers Josef Dejak Nr. 3 und stahlen 4000 K und zwei Jagdgewehre. An diesem Abend versuchten die Frechlinge ihr Glück noch bei zwei anderen Besitzern; bei dem einen fanden sie das Gewünschte nicht, bei dem andern wurden sie verschont. Es ereigneten sich in den letzten Monaten noch viele andere Haus-, Feld- und Wilddiebstähle. Es handelt sich um eine organisierte Diebsbande. Wer sind die Diebe? Man kennt sie, man raunt sich deren Namen ins Ohr, man wagt es aber nicht, ihre Namen öffentlich zu nennen, aus Furcht vor Rache. Es wäre gut, wenn die Bezirkshauptmannschaft Nachforschungen über arbeitscheue, militärentlassene Individuen anstellen und diese zu ärarischen Arbeiten heranziehen würde. Es ist zu wetten, daß wir dann im Handumdrehen von dieser erschrecklichen Plage befreit würden.

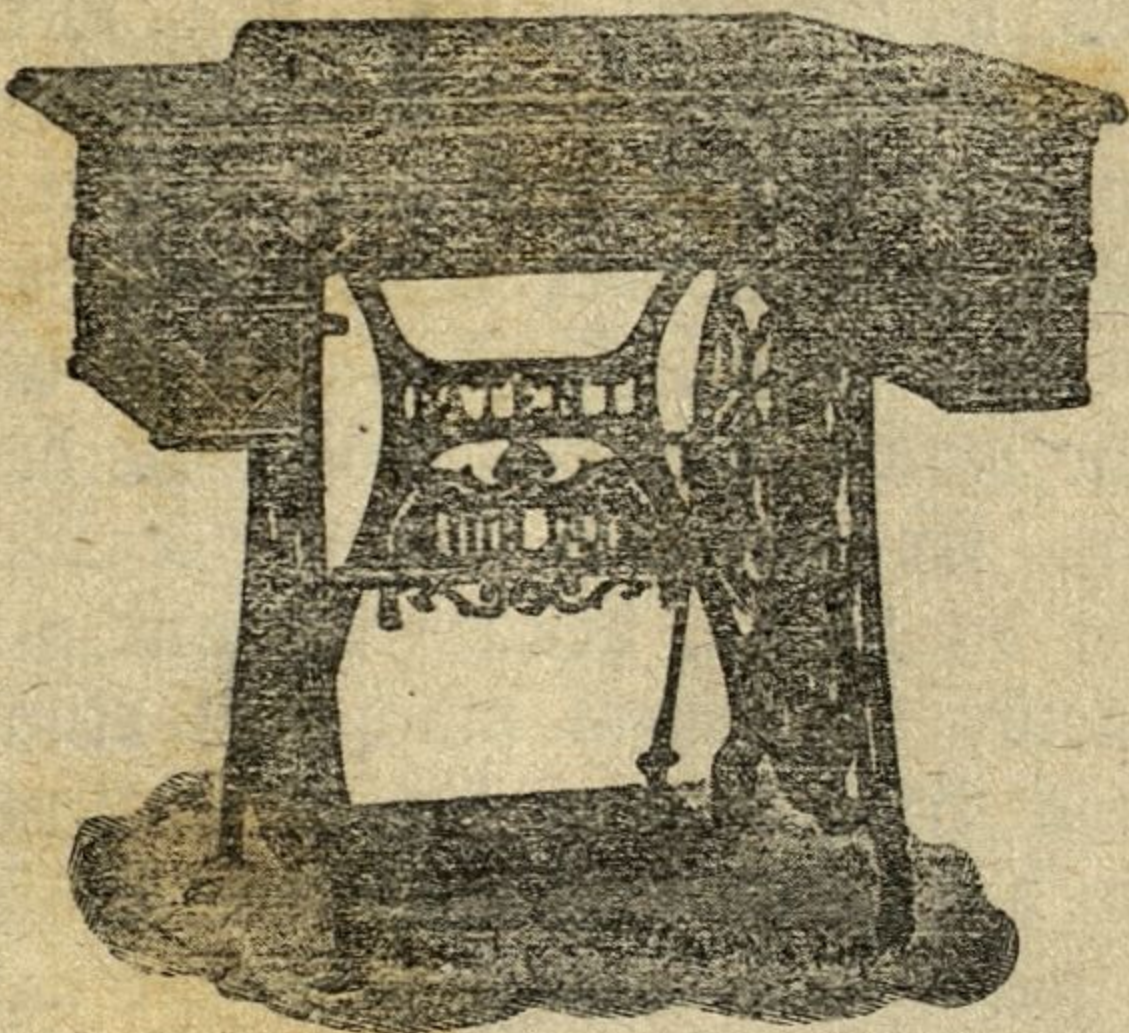
**Wels.** (Todesfall.) Hier ist am 25. Oktober nach langem, schmerzlichem Leiden und Empfang der heiligen letzten Ölung Herr Johann Gutter, Privat und Hausbesitzer, im 84. Lebensjahre gestorben. Er ruhe in Frieden.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder eben Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

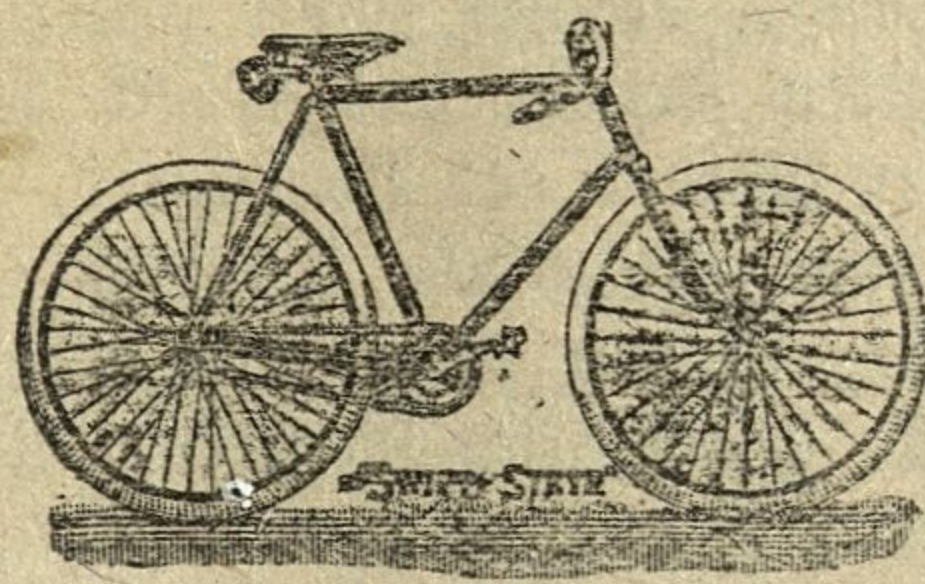
## Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaltiger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Zeitung“ zu beziehen.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten  
**Fahrräder und Nähmaschinen**  
für Familie und Gewerbe.



**Schreibmaschinen.**  
Langjährige Garantie.



**Johann Jax & Sohn - Laibach**  
Wienerstrasse Nr. 15.

**Verein der Deutschen a. Gottschee**  
in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

**Zusammenkunft:** Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstrasse Nr. 5a.

Mehrere gut erhaltene weingrüne

**Startin-Fässer**

die bisher in Gebrauch waren, verkauft Anton Hauff d. A. in Gottschee.

**Abonnieret und leset die  
Gottscheer Zeitung!**

# Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtlokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:  
K 11,272.732.27.  
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der  
Rentensteuer) 3 1/2%.  
Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke  
Gottschee 5, in anderen 4 1/2%.